

Deutsch-Libanesisches Forum für Zusammenarbeit und Entwicklung

Vom 18. bis zum 21. März 2023 empfing das Libanonbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung die deutsche Delegation um Paul Ziemiak für eine zweitägige Konferenz in Beirut.

Die Delegation, die aus 22 Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft bestand, nahm an Gesprächen mit libanesischen Akteuren teil, die die gegenwärtige Krisensituation des Libanon, ihre Auswirkungen auf die deutsch-libanesischen Zusammenarbeit sowie Möglichkeiten der Krisenbewältigung durch Intensivierung der Partnerschaft der beiden Länder thematisierten. Im Rahmen des Delegationsbesuchs fanden Treffen mit deutschen Firmen im Libanon, lokalen Start-ups und Politikern statt sowie Expertenbriefings durch Vertreter von UNHCR, UNDP und dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland im Libanon. Das folgende Resümee bietet einen Überblick über die wesentlichen Inhalte und Ergebnisse der Konferenz mit dem Ziel, weiteren Austausch und Zusammenarbeit anzuregen und so auch zukünftig zur Vertiefung und Erweiterung der deutsch-libanesischen Beziehungen und Partnerschaften beizutragen.

Derzeitige Lage des Libanon und mögliche Lösungsansätze

Politische Herausforderungen:

- Nahezu alle Teilnehmenden waren sich einig, dass die Probleme des Libanon politischer Natur sind, da sie sich auf den politischen Unwillen der korrupten Elite des Landes zurückführen lassen, die grundlegenden demokratischen Reformen und einem Systemwechsel weg vom Konfessionalismus aufgrund von eigennützligen Interessen ablehnend gegenüber steht.
- Seit November 2022 herrscht im Libanon eine sogenannte doppelte Vakanz in der Exekutive (Präsident und Regierung). Die derzeitige geschäftsführende Regierung ist mit Herausforderungen konfrontiert, die weit über das Tagesgeschäft hinausgehen. Es wurde darüber diskutiert, inwiefern die derzeitige Regierung die Befugnisse des Präsidenten übernehmen kann. Obgleich wurde betont, dass ein Präsident gewählt werden müsse, um entscheidenden Reformen zu steuern.
- Obwohl 2022 eine Vereinbarung mit dem IWF erzielt werden konnte, wurde bisher keine der Reformen umgesetzt, die als Bedingungen für den IWF-Milliardenkredit gestellt worden waren. Stattdessen besteht die Sorge, dass die politische Führungselite auf die "Lirafizierung" von Geldern setzt, die derzeit in US-Dollar auf den Konten libanesischer Banken liegen, um die Verluste der Bankenkrise den Anlegern aufzubürden. Wirtschaftsvertreter merkten außerdem an, dass sie nicht nur wegen der Freigabe von Finanzmitteln, sondern auch aufgrund der Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen für einen IWF-Kredit plädieren.
- Wahlen wurden im Libanon in der Vergangenheit wiederholt hinausgezögert. Zuletzt waren Kommunalwahlen für 2022 angesetzt. Diese wurden jedoch auf Mai 2023 verschoben. Wie der deutsche Botschafter im Libanon Andreas Kindl anmerkte, drohe bei weiterem Hinauszögern der Kommunalwahlen „der Kollaps des Systems, da großflächig kommunale Entscheidungsträger wegfallen und administrative Ausgaben nicht mehr ausgeführt werden könnten.“
- Die libanesischen Kommunen wurden schwer von der Wirtschaftskrise getroffen. Aufgrund des geringen verbleibenden Budgets können viele Dienstleistungen nicht mehr erbracht werden. Außerdem wandern viele Beamte, deren Gehälter auf umgerechnet 20 \$/Monat geschrumpft sind, in die Privatwirtschaft ab.
- Ermittlungen zur Hafenexplosion in 2020 sowie zu Korruptionsvorwürfen gegen den Zentralbankchef Riad Salameh werden weiterhin blockiert und hinausgezögert. Dem Justizsystem und etwaigen Rechenschaftsmechanismen wird von der libanesischen Bevölkerung kaum noch vertraut.

Lösungsansätze, Handlungsempfehlungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit:

- Einige Teilnehmer sprachen sich für die Unterstützung einzelner vertrauenswürdiger Abgeordneter, Ministerien und staatlicher Institutionen aus. Man müsse sich auf jene Bereiche und Akteure konzentrieren, die sich reformbereit zeigen und ihre Vorhaben weitestmöglich unterstützen.
- Die Androhung von Sanktionen gegen einzelne Personen (wenn möglich einheitlich auf EU-Ebene) wird als wirkungsvolles Mittel betrachtet, um Angehörige der politischen Elite zu Kompromissen und Reformen zu bewegen. Umfangreichere Sanktionen gegen den Staat Libanon würden hingegen negative Auswirkungen auf die Lebensgrundlage der Bevölkerung und den Privatsektor mit sich bringen.
- Die Justiz sollte reformiert und unterstützt werden, um die Verantwortlichen der vielfältigen Krisen im Libanon zur Rechenschaft zu ziehen und das Vertrauen in die libanesischen Institutionen und die Politik auf nationaler und internationaler Ebene wiederherzustellen.

Wirtschaftliche Herausforderungen:

- Die de facto Insolvenz eines Großteils der Banken und die dramatische Abwertung der libanesischen Lira haben große Teile der Bevölkerung unter die Armutsgrenze sinken lassen. Vor allem die Mittelschicht schwindet zusehends.
- Vertreter der Privatwirtschaft brachten wiederholt ihre Missbilligung des als ungerecht empfundenen Steuersystems zum Ausdruck, das kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unverhältnismäßig stark belastet und reguliert, wodurch diese in vielen Fällen wettbewerbsunfähig werden. Die Nutznießer des Steuersystems sind hingegen die Angehörigen der politischen Elite, deren „deep state“-Geschäftsbeziehungen dazu führen, dass ein Prozent der Bevölkerung 70 Prozent des nationalen Vermögens besitzt.
- Hinzukommende gesetzliche Regulierungen (z.B. gewerbliche Lizenzen, Import-/Exportbestimmungen, Zoll) erschweren in erster Linie die Geschäftsaktivitäten von rechtskonformen KMUs während 70% des libanesischen Marktes weitgehend unreguliert bleiben.
- Um das volle Potenzial des privatwirtschaftlichen Sektors auszuschöpfen und diesen so zu befähigen, zur Lösung der vielen Krisen des Libanon beizutragen, forderten Interessensvertreter weniger staatliche Regulierungen. Darüber hinaus wurde Kritik an den als ineffizient betrachteten Behörden und Verwaltungsverfahren geäußert. Dem entgegneten Vertreter des öffentlichen Sektors, dass man den „echten Privatsektor“ zwar fördern wolle, weniger Regulierung jedoch denjenigen ein leichtes Spiel bereite, die durch Missbrauch auf „schnelles Geld“ aus wären.
- Da die auf Bargeschäften beruhende Wirtschaft den einst gepriesenen libanesischen Bankensektor in großen Teilen ersetzt hat, bezeichnete einer der Teilnehmer den Libanon als entstehenden „Narkostaat“, dessen blühende Schattenwirtschaft illegale Aktivitäten und Transaktionen ermögliche und dabei die Sicherheit des Landes zunehmend untergrabe.
- Hinzu kommt, dass das zusammengebrochene Bankensystem und das instabile Strom- und Telekommunikationsnetz privatwirtschaftliche Tätigkeiten stark erschweren. Viele Start-ups wandern deshalb in Staaten wie die VAE ab, wo ihnen vorteilhafte Arbeitsbedingungen geboten werden.
- Viele libanesische Familien sind von Geldsendungen der libanesischen Diaspora abhängig, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Tatsache, dass jedoch die wenigsten Mitglieder der Diaspora in das Heimatland investieren, zeigt das tiefe Misstrauen gegenüber dem libanesischen Staat. Einer der Teilnehmer stellte fest, dass das gegenwärtige Wirtschaftsmodell des Libanon darauf basiere, „Leute zu exportieren, die Geldüberweisungen zurücksenden.“

Lösungsansätze, Handlungsempfehlungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit:

- Die Kluft zwischen Innovation und Unternehmen sollte überbrückt werden, indem bspw. innovative Vorhaben, Ausbildungen für Unternehmer und die Vernetzung von Universitäten und Firmen/Start-ups gefördert werden.
- Neben dem Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens hat vor allem die Privatwirtschaft das Potenzial, Fachkräfte im Land zu halten und einen „brain-drain“ zu verhindern. Besserer Zugang zu internationalen Finanzmärkten und Kapazitätsentwicklung sind unabdingbar, um libanesischen Firmen international konkurrenzfähig zu machen.
- Um den libanesischen Importüberschuss zu verringern, müssen Anreize geschaffen werden, um Produkte, die bisher importiert wurden, lokal zu produzieren. Deswegen sollte nicht nur der Informationssektor gestärkt werden, sondern vorrangig auch Produktion, Industrie und Fertigung.
- Hierbei sollten besonders auch die beruflichen Fähigkeiten und das Fachwissen von Geflüchteten in Betracht gezogen werden. Mittel und Wege, diese zu nutzen und zu fördern, sollten erkundet werden.
- Wissenstransfer durch „Zirkuläre Migration“ sollte ermöglicht werden. So könnten libanesischen Studierende/Auszubildende bspw. einer Ausbildung in Deutschland nachgehen oder spezielle technische Kompetenzen erwerben, von welchen sie dann im Libanon profitieren können.
- Um Fachkräfte im Land zu halten, wurden folgende Faktoren als ausschlaggebend betrachtet:
 - o gute Gehälter in Dollar
 - o langfristige/nachhaltige Arbeitsplätze
 - o Möglichkeiten über das Internet im Ausland zu arbeiten („Virtuelle Migration“)
 - o Zugänge zu internationalen Banken und Kreditkarteninstitutionen
- Um Investitionen durch die Diaspora und andere zu fördern, muss zuerst das Vertrauen in das Bankensystem und die Politik des Landes wiederhergestellt werden.
- Nahezu alle Teilnehmenden waren sich einig, dass ein funktionsfähiger öffentlicher Sektor Hand in Hand mit der Privatwirtschaft arbeiten muss, um ein unternehmerfreundliches Umfeld zu schaffen. Initiativen, die entsprechende Prozesse fördern, sollten unterstützt werden.

Herausforderungen im Bereich Umwelt, Ressourcen und Energie:

- Seit Zusammenbruch des staatlichen Stromversorgers Électricité du Liban (EDL) erhalten Privathaushalte nur noch 1-2 Stunden Strom pro Tag. Der weitere Strombedarf wird mit Dieselgeneratoren gedeckt. Die meisten Libanesen geben einen Großteil ihres Einkommens für die Stromrechnungen der privaten Generatorenbetreiber aus. Die horrenden Energiepreise sind eines der Haupthindernisse für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Wirtschaftlicher Aufschwung ist nur mit einer Reform des Energiesektors möglich.
- Im Hinblick auf den Umweltschutz sind umfangreiche Reformen notwendig, um Natur, Atmosphäre und Wasservorräte des Libanon zu schützen. Besonders die privaten Dieselgeneratoren haben in den letzten Jahren zu starker Luftverschmutzung geführt. Die Energiekrise hat außerdem einen Cholera-Ausbruch herbeigeführt, nachdem einige Pumpen in Sanitäreinrichtungen von Flüchtlingslagern aufgrund des Strommangels nicht weiter betrieben werden konnten.
- Aufgrund von Misswirtschaft im Wassersektor ist der Zugang zu sauberem Wasser nicht überall gewährleistet.
- Die einst sehr fruchtbare Bekaa-Ebene wurde durch den übermäßigen Einsatz von Pestiziden sowie die Verwendung von Abwasser zur Bewässerung stark verschmutzt. Diese Praktiken hemmen zum einen das Wachstum der Agrarwirtschaft und verhindern zum anderen, dass libanesischen Produkte die für Exporte in die EU erforderlichen Voraussetzungen der Lebensmittelsicherheit erfüllen. Zugleich importieren sowohl Unternehmen als auch humanitäre Organisationen Produkte aus dem Ausland, die eigentlich im Libanon angebaut oder produziert werden könnten.
- Die Teilnehmenden merkten an, dass es für viele der Umweltprobleme bereits bekannte Lösungsansätze gäbe, dass aber der Mangel an politischem Willen und die verworrenen politisch-wirtschaftlichen Beziehungen die notwendigen Maßnahmen und Reformen verhindern.

Lösungsansätze, Handlungsempfehlungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit:

- Grundsätzlich sind alle Initiativen und Investitionen, die zur Versorgungsunabhängigkeit des Libanon und zu einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen beitragen, zu fördern. Dies gilt insbesondere für erneuerbare Energie, wie z. B. in Form von Solarpaneelen, die derzeit einen Boom im Libanon erleben. Obwohl überleite, unsicher angebrachte Installationen in letzter Zeit auch zu Problemen geführt haben, bieten sie dennoch großes Potenzial, die Stromversorgung des Landes zu stabilisieren und preislich erschwingbarer zu machen.
- Einige Unternehmer wünschen sich zur Lösung der vielschichtigen Energiekrise eine bevorzugte Unterstützung der privatwirtschaftlichen Exzellenz-Nischen und der hoch qualifizierten Fachkräfte anstatt der als inkompetent wahrgenommenen staatlichen Institutionen.
- Abwasseraufbereitungs- und Entsalzungsanlagen sowie Anlagen zur Aufbereitung umweltgefährdender Abfälle können zu einer zukunftsfähigen Abfallwirtschaft beitragen.
- In einer von der EU finanzierten Kläranlage kam es in der Vergangenheit mangels ausgebildeten Personals zu Problemen bei der Wartung. Um dem in Zukunft vorzubeugen, schlugen einige deutsche Teilnehmer vor, Praktika und Trainings durch ausgewählte Partnerunternehmen in Deutschland anzubieten.
- Maßnahmen zum Umweltschutz müssen unbedingt auch von politischer Seite vorgeschrieben und implementiert werden.

Humanitäre und zivilgesellschaftliche Herausforderungen:

- Große Teile der libanesischen Gesellschaft sind seit Beginn der Wirtschaftskrise in die Armut abgerutscht. Da immer mehr Menschen humanitäre Hilfe benötigen, stellten einige Teilnehmenden fest, dass „Libanesen zunehmend als ‘beneficiaries’ betrachtet werden“.
- Die sich verschlimmernde Versorgungslage verstärkt zusätzlich soziale Spannungen und Konflikte, insbesondere zwischen der libanesischen Aufnahmegesellschaft und den Flüchtlingsgemeinden. Offiziellen Schätzungen zufolge leben im Libanon rund 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge (zusätzlich zu Palästinensern und Flüchtlingen anderer Nationen) und 4,5 Millionen Libanesen, womit der Libanon weltweit die größte Anzahl von Flüchtlingen pro Einwohner hat.
- In den letzten Jahren haben Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, darunter auch die GIZ, auf die sich zuspitzende Lage reagiert und ihre Programme so ausgeweitet, dass ein wesentlicher Teil der Unterstützung nun auch der libanesischen Aufnahmegemeinschaft zu Gute kommt. UNHCR-Vertreter Ivo Freijsen betonte, dass man den Libanesen für ihre Anstrengungen mit Empathie begegnen solle.
- Er wies außerdem darauf hin, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der zunehmenden Verzweiflung und der ungeregelten Migration über das Mittelmeer besteht - ein Weg, den auch immer mehr Libanesen einschlagen.
- Die Lage im Libanon für Flüchtlinge ist aussichtslos. Weder eine Rückkehr noch Weiterreise wird für den Großteil der Flüchtlingsgemeinschaft in naher Zukunft möglich sein. Syrische Flüchtlinge greifen auf negative Bewältigungsmechanismen wie dem Anhäufen von Schulden oder Kinderarbeit zurück. Auch die sogenannte „freiwillige“ Rückkehr nach Syrien müsse aufgrund des hohen Leidensdrucks und Mangel an Alternativen als negativer Bewältigungsmechanismus verstanden werden, so Freijsen.
- Die aktive Zivilgesellschaft des Libanon wurde gelobt und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen befürwortet, nicht zuletzt, weil diese insbesondere in Krisenzeiten wieder und wieder das vom Staat hinterlassene Vakuum füllten (z. B. nach der Beirut-Hafenexplosion). Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass auch der zivilgesellschaftliche Sektor von Korruption nicht unberührt bleibt und entsprechende Rechenschaftsmechanismen deswegen vorhanden sein müssen.

Lösungsansätze, Handlungsempfehlungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit:

- Deutschland ist das zweitgrößte Geberland für den Libanon und der größte Geber der UNDP. UN-Organisationen sind angesichts der sich verschlechternden Lage und einer generellen Gebermüdigkeit auch weiterhin auf die Unterstützung der reicheren Geberländer angewiesen, um die verfahrenere humanitäre Lage ohne Aussicht auf eine politische Lösung stemmen zu können.
- Umsiedlungsprogramme können in einzelnen Fällen helfen, Geflüchtete mit gefragten Berufskennnissen und ohne Arbeitserlaubnis im Libanon in Länder mit Arbeitskräftemangel umzusiedeln.

Bewährte Praktiken, Erfahrungen und Kooperationsmodelle:

Neben der Thematisierung der oben genannten Herausforderungen tauschten die Teilnehmenden außerdem generelle Erfahrungen und gewonnene Erkenntnisse aus vergangenen und fortlaufenden Projekten aus, um erfolgreiche Kooperationsmodelle zu identifizieren und Faktoren zu erörtern, die für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen libanesischen und deutschen Partnern gegeben sein müssen:

- Zuverlässigkeit, Vertrauen, Begeisterung und Kollaboration auf Augenhöhe zwischen deutschen und libanesischen Partnern wurden als besonders wichtig empfunden. Ebenso ausschlaggebend seien Aufgeschlossenheit und ein Bewusstsein für kulturelle Unterschiede sowie die vertiefte Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen der Bevölkerung vor Ort. Man solle sich zuerst darauf fokussieren, einen geeigneten Kooperationspartner zu finden, bevor eine detaillierte Bedarfsanalyse durchgeführt werden sollte. Projekte sollten langfristig angelegt und bestenfalls durch regelmäßige Besuche in den Libanon eingeraht werden, um ein umfassendes Verständnis der komplexen Situation vor Ort zu erlangen.
- BMZ, GIZ und Goethe-Institut wurden als erste Anlaufstelle für Vermittlung von relevanten Partnern auf deutscher und libanesischer Seite sowie ihre weiterführende unterstützende Rolle hervorgehoben.
- Besonders die Kooperation auf lokaler Ebene erwies sich in der Vergangenheit in vielen Fällen als erfolgreich, unter anderem auch deshalb, weil diese unabhängig von der Zentralregierung stattfinden kann.
- Der Ausbau und Förderung bereits bestehender erfolgreicher Projekte schafft oftmals mehr Arbeitsplätze und erzielt einen höheren Wirkungsgrad als die Neugründung von vielen kleineren Projekten, die oft ähnliche Ziele verfolgen.
- Die Zusammenarbeit sowie gegenseitige Unterstützung sollte durch Austausch von Informationen, Erfahrungen und bewährten Verfahren über Projekt- und Organisationsgrenzen hinaus gefördert werden. Veranstaltungen wie das stattgefundenen Deutsch-Libanesisches Forum für Zusammenarbeit und Entwicklung sollten deshalb auch in Zukunft durchgeführt werden, um die deutsch-libanesischen Partnerschaft zu stärken und gemeinsame Lösungsansätze zu finden.

Die in diesem Veranstaltungsbericht geäußerten Meinungen und Standpunkte sind die der Teilnehmenden des Forums und spiegeln nicht zwangsläufig die Position der Konrad-Adenauer-Stiftung oder des Libanon-Büros wider.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Michael Bauer
Leiter des Auslandsbüro Libanon
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
michael.bauer@kas.de
www.kas.de/de/web/libanon



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Share Alike 4.0 International Public License“, (CC BY-SA 4.0) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>